Nummer 333

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonntag, 20. Juli 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwort. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Lüg er, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Kentner, Inseratenteil: i. V.: A. Lacks, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Stef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Verschärfung zwischen England und Aegypten

Ablehnung der ägyptischen Antwortnote in London.

TU London, 19. Juli.

Die Antwort der ägyptischen Regierung auf die britische Warnung, daß die ägyptische Regierung, der Ministerpräsident und der Führer der Wafd persönlich für irgendwelche Bedrohung ausländischen Lebens und Eigentums verantwortlich gemacht werden würden, findet in politischen Kreisen Londons entschiedene Zurückweisung. Der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard" weist darauf hin, daß Sidky Pascha mit der Antwort offenbar einen Nachweis für seinen eigenen Patriotismus und Mut gegenüber seinen Landsleuten erbringen wollte.

Die Veröffentlichung der Note vor der Uebergabe an den britischen Oberkommissar stelle einen schweren Bruch der internationalen Höflichkeit und Praxis dar. Der übrigen Welt werde durch die Antwort des ägyptischen Ministerpräsidenten stärker als je zum Bewußtsein gebracht, wie dringend die Notwendigkeit der Anwesenheit der Engländer in Aegypten sei. Die Ausgleichsmöglichkeiten zwischen Aegypten und Großbritannien sind nach allgemeiner Ansicht hiesiger Kreise durch die Antwort Sidky Paschas weiterhin erheblich herabgesetzt worden.

Die englischen Grönland-Pläne und die Vereinigten Staaten.

Ein neuer Streitpunkt.

TU London, 19. Juli.

Nach einer Washingtoner Reutermeldung soll die britische Regierung gegenwärtig die Möglichkeit des Ankaufes von Grönland von Dänemark oder wenigstens die Ausdehnung seiner Vertragsrechte erwägen. Der Grund hierfür soll in dem Wunsche liegen, eine Basis für die nördliche Luftlinie nach Kanada zu schaffen.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Ansprüche auf Nord-Grönland, die im Anschluß an die Entdeckung durch Admiral Peary im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts aufgestellt worden waren, aufgegeben, sollen aber auf Grund der jetzt bekannt gewordenen englischen Absicht eine Aenderung ihrer bisherigen Haltung erwägen. Die Verstärkung des Einflusses einer europäischen Macht in irgend einem Teil der Neuen Welt wird in Washington vielfach als im Gegensatz mit der Monroe-Doktrin bestehend bezeichnet.

Rücktritt Borahs?

EP Washington, 19. Juli.

Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, muß aus Gesundheitsrücksichten eine längere Ruhepause einlegen. Infolge seiner angestrengten parlamentarischen Arbeiten, besonders durch die vor kurzem beendete Prüfung des Londoner Flottenvertrages in der unter seinem Vorsitz stehenden Senatskommission, hat seine Gesundheit stark gelitten.

Persische Grenze durch türkische Truppen verletzt?

Bei Verfolgung kurdischer Streitkräfte.

EP London, 19. Juli.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben mehrere Abteilungen türkischer Infanterie und Kavallerie die persische Grenze von Nordwestkurdistan aus überschritten und sind etwa 80 Kilometer weit in Persien eingedrungen. Die persischen Grenzwächter waren angesichts der starken türkischen Streitkräfte völlig machtlos und boten daher keinen nennenswerten Widerstand. Die Truppenkörper, die sich die Grenzverletzung zuschulden kommen ließen, gehören zu der unter dem Oberbefehl von Salih Pascha stehenden türkischen Armee, die in Nordwestkurdistan operierte. Die Grenzüberschreitung ist nach Erklärungen türkischer Offiziere nur deshalb erfolgt, weil sich kurdische Streitkräfte auf persisches Gebiet geflüchtet hatten und die türkischen Truppen die Verfolgung nicht aufgeben wollten.

— **Marschall Oku gestorben.** In Tokio ist Marschall Graf Yasukata Oku, der letzte überlebende Heerführer des japanisch-russischen Krieges, im Alter von 84 Jahren gestorben. Marschall Oku war von 1906—1912 Chef des Generalstabs und von 1914 bis 1916 Kriegsminister.

— **Ein ehemaliger Ministerpräsident von Neuseeland gestorben.** Der frühere Ministerpräsident von Neuseeland, Sir Robert Stout, ist nach Berichten aus Wellington im Alter von 86 Jahren gestorben. Er war 25 Jahre lang höchster Richter von Neuseeland.

Neuer französischer Saarschwindel.

„Sonderberichterstatter" zur Täuschung der Weltmeinung.

Wie der Abbruch der Saarverhandlungen bemäntelt wird.

TU Paris, 19. Juli.

Daß Frankreich immer neue Mittel und Wege findet, um der Weltöffentlichkeit bezüglich der Saarfrage Sand in die Augen zu streuen, geht wieder einmal aus Veröffentlichungen des „Intransigeant" und des „Journal des Debats" hervor, die Berichte ihrer Sonderberichterstatter, die sie ins Saargebiet schickten, veröffentlichen. Unter dem Deckmantel objektiver Berichterstattung werden dabei offensichtliche Unrichtigkeiten in die Berichte eingestreut, so daß es sich auch hierbei letzten Endes

nur um französische Stimmungsmache

handelt, die geeignet ist, den klaren Sachverhalt zu verdunkeln.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant", der im Saargebiet einen französischen Großindustriellen, einen deutschen Abgeordneten und endlich ein Mitglied des Saarausschusses über den gesamten Bestand des Saarproblems befragte, betont, daß der französische Großindustrielle der Auffassung gewesen sei, man habe bei den deutsch-französischen Verhandlungen zu großen Wert darauf gelegt, den politischen Fragen ihren rein politischen Charakter zu nehmen, um sie nur von der wirtschaftlichen Seite aus zu behandeln. Hierdurch habe man

nur Verwirrung geschaffen.

Der „deutsche Abgeordnete" habe diese Anschauung geteilt und hinzugefügt, daß Deutschland zwar bereit sei, die vorzeitige Rückgabe durch Abtretung wirtschaftlicher Vorteile zu erkaufen, daß aber die französischen Bedingungen für Deutschland annehmbar sein müßten. Das Mitglied des Saarausschusses sei der Auffassung gewesen, daß Frankreich von Deutschland ein Entgegenkommen bei der vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes verlangen müsse. Auf einen Hinweis des französischen Großindustriellen, daß Deutschland der fordernde Teil sei und daher geeignete Angebote machen müßte, habe der deutsche Abgeordnete erwidert, daß man auch in Deutschland dieser Auffassung beipflichte. **Wenn Frankreich jedoch ein Drittel des Gesamtkapitals der neu zu gründenden Gesellschaft für sich in Anspruch nehme, so sei diese Forderung übertrieben.**

Der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats" äußerst sich über den

mutmaßlichen Ausgang einer Volksabstimmung

im Saargebiet sehr optimistisch und erklärt, daß französische Kreise des Saargebietes (?) sich dahin ausgesprochen hätten, gelegentlich der Abstimmung geheime Wahlen Gemeindeweise vorzunehmen. Frankreich könne sicher sein, in der Gegend südlich vom Warndt ein so günstiges Ergebnis zu erzielen, daß die „Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes gesichert" erscheine.

*

Dieser letztere Versuchsballon ist besonders interessant. Schon jetzt sucht man danach, eine ähnliche Schiebung bei der Saar-Abstimmung anzustreben, wie sie Polen in der Ostabstimmung durchführte. Man wird gut tun, auf solche Machenschaften von vornherein ein Augenmerk zu haben. Die Abstimmung kann nur das gesamte Saargebiet betreffen. „Gemeindeweise geheime Wahlen" braucht Deutschland angesichts der Volksstimmung im Saargebiet nicht zu fürchten; sie entsprechen aber nicht den vertraglichen Abmachungen und sollen nach den französischen Hoffnungen nur dazu dienen, Verwirrung anzustiften und die Welt über die wirkliche Stimmung der Saarbevölkerung, deren Treue zu Deutschland über alle Zweifel erhaben ist, zu täuschen.

Das Saargebiet muß die „Bahnschutztruppe" weiter ertragen.

TU Genf, 19. Juli.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes teilte dem Völkerbundssekretariat zur Weiterleitung an den Völkerbundsrat mit, daß — wie wir bereits mitteilten — die Regierungskommission nach der Räumung des Rheinlandes und unter Bezugnahme auf die Entschließungen des Völkerbundsrates vom 18. März 1926 und 12. März 1927 beschlossen habe, die Bahnschutztruppe des Saargebietes auf 250 Mann herabzusetzen. Andererseits ist auch die Eisenbahnkommission des Saargebietes um einige Mitglieder verkleinert worden. Die Regierungskommission wird Ende August dem Völkerbundsrat noch eine eingehendere Mitteilung darüber machen.

Eine Adresse Saarbrückens an den Reichspräsidenten.

TU Saarbrücken, 19. Juli.

Anläßlich des Hindenburg-Staffellaufes des Kreises Mittelrhein der Deutschen Turnerschaft wird die Stadt Saarbrücken dem Reichspräsidenten folgende Begrüßungsadresse am morgigen Sonntag im Kurhaus zu Wiesbaden überreichen lassen.

„Die Stadt Saarbrücken nimmt den Hindenburg-Staffellauf des Kreises Mittelrhein der Deutschen Turnerschaft zum willkommenen Anlaß, dem Herrn Reichspräsidenten bei seinem ersten Besuch der befreiten Rheinlande ehrfurchtsvollste Grüße zu übermitteln. Mit der Freude über die Befreiung der Rheinlande von fremder Besatzung verbindet die Stadt Saarbrücken den Wunsch, daß es sehr recht bald vergönnt sein möge, den Herrn Reichspräsidenten auch in ihren Mauern begrüßen zu können.

gez. Dr. Neßkes, Oberbürgermeister."

Die Sowjet-Feme.

Die Tscheka läßt aus Hamburg einen Jugendlichen als Geisel nach Rußland entführen.

Unter der Ueberschrift „Der deutsch-russische Lager- und Transportgesellschaft in Hamburg, als höherer Angestellter seit 4½ Jahren beschäftigte Schainhold erhielt vor kurzem von sowjetistischer Seite in Rußland die Aufforderung, sofort, und zwar innerhalb weniger Tage nach Rußland abzureisen, um sich dort wegen irgendeiner Angelegenheit zu verantworten. Schainhold weigerte sich und wird darauf in Abwesenheit in Rußland zum Tode verurteilt.

Und nun ereignet sich folgendes: Am Donnerstag, dem 3. Juli, wird der 18jährige Sohn Schainholds durch den in russischen Diensten stehenden Kanzleisekretär Schmidt nach Kiel gelockt, dort auf ein Schiff gebracht, das mit ihm sofort nach Rußland abdampfte. Was dort mit ihm geschehen ist oder geschehen soll, darüber fehlt dem Vater bisher jede Nachricht. Aber der Verdacht liegt nahe, daß der minderjährige, nach russischem Recht aber demnächst großjährige Sohn Schainholds als Geisel in den Händen der Tscheka dienen soll. Es verlautet, daß auch amtliche Vertreter Rußlands in Hamburg bei dieser Verschleppung ihre Hand im Spiel gehabt haben. Wir halten es für dringend notwendig, daß die deutschen Behörden sich dieser Sache annehmen und der Oeffentlichkeit baldigst das Ergebnis ihrer Untersuchungen und weitere Maßnahmen mitteilen.

Weitere Pariser Sowjetbeamte verweigern die Rückkehr nach Moskau.

EP Paris, 19. Juli.

In der hiesigen russischen Kolonie verlautet, nach einer Meldung der Agentur Radio, daß der Chef der sowjetrussischen Handelsdelegation, Tumenom, der vor einiger Zeit dringend nach Moskau berufen wurde, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. Er werde dafür verantwortlich gemacht, daß mehrere Beamte der Handelsdelegation ihren Dienst verlassen und die Rückkehr nach Moskau verweigert haben.

Maßnahmen gegen die Opposition.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Kontrollausschuß der Moskauer Parteiorganisation 26 Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen Angehörigkeit zu der Rechtsopposition und zum Trotzkismus aus ihren Reihen ausgeschlossen. Die ausgeschlossenen Parteimitglieder sind außerdem ihrer Stellungen enthoben worden.

Bucharin, der ehemalige Präsident der Komintern, der es abgelehnt hatte, auf dem Parteikongreß zu sprechen, hat mit dem Politbüro Verhandlungen eingeleitet und erklärte sich bereit, sich den Beschlüssen des 16. Parteikongresses zu unterwerfen.

Die Waffenlieferungen nach China.

Vor Maßnahmen gegen die ausländischen Instruktionsoffiziere.

TU Schanghai, 19. Juli.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die chinesische Regierung gegen die Lieferung von italienischen Bombenflugzeugen an General Jen Protest eingelegt. Die Nanking-Regierung ist der Ansicht, daß eine Waffenlieferung von Seiten Italiens vollkommen ungesetzlich sei und zur Verlängerung des Bürgerkrieges beitragen würde. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um jegliche Waffeneinfuhr nach China zu unterbinden.

Im Zusammenhang mit einer Anordnung General Jens, Ausländer nach Möglichkeit als Instruktionsoffiziere zu beschäftigen, darunter auch Russen, Japaner und Italiener, beabsichtigt die Nanking-Regierung anzuordnen, daß alle Ausländer im Stabe General Jens im Falle ihrer Gefangennahme standrechtlich erschossen werden. Dieser Beschluß ist als Gegenmaßnahme gegen General Jen gedacht, der die deutschen Offiziere, die sich im Dienst der chinesischen Regierung befinden, zu erschießen drohte.

Schließt die Reihen!

Von

August Winnig.

Die Umstände, unter denen der Reichstag aufgelöst wurde, sind leider dazu angetan, vom Kernpunkt des Kampfes abzulenken. Die Entscheidung lag zuletzt bei den Deutschnationalen. An dieser Entscheidung zerbrachen sie. Aber sie zerbrachen nicht in zwei gleiche Teile, sondern die Mehrheit entschied sich für die Opposition und führte damit die Auflösung des Reichstages herbei. Es ist natürlich ein seltsames Bild, daß die deutschnationalen Unbedingten, von den Nationalsozialisten zu schweigen, zusammen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Verordnungen stimmen, die den Namen Hindenburg tragen. Das ist eben der Umstand, der den Blick leicht vom Kernpunkt der Dinge abziehen kann.

Dieser Kernpunkt ist ein schwer entwirrbarer Knäuel. Wir wollen versuchen, ihn aufzurollen.

Die deutsche Politik ist unter der Führung der Linken in eine Sackgasse geraten. Wir haben eine Außenpolitik der Entsagung und Unterwerfung getrieben und es dahin gebracht, daß man uns Lasten aufbürdete, die uns den Atem nehmen. Die Außenpolitik stand unter dem Druck der Sozialdemokratie, die sich in jedem entscheidenden Augenblick den Regungen des Widerstandes entgegenwarf. Wir haben aber gleichzeitig eine Wirtschafts- und Sozialpolitik und einen Aufwand getrieben, wie selbst unbesiegte, unbelastete, reiche Länder es sich nicht leisten. Auch diese Politik stand unter dem Druck der Sozialdemokratie, die jeden Versuch, hier Einhalt zu tun, herabwürdigte und lähmte. Gehärt, gezerrt und getrieben von der Sozialdemokratie, ist die deutsche Politik in diese Sackgasse geraten, wo sie den Tributforderungen gerecht werden soll, wo sie sich unbegrenzten Fürsorgeansprüchen der Masse gegenübersieht und wo jede Maßnahme zur Hebung der Wirtschaft auf den Widerstand der Sozialdemokratie und ihres Massenanhanges stößt.

Es ließen sich in unserer Lage zwei politische Verhaltungsweisen einer Arbeiterpartei begründen und verstehen. Erstens: Diese Arbeiterpartei wäre pazifistisch und betrachte die Unterwerfung unter die Tributdiktate als eine grundlegende, unabweisbare Verpflichtung. Dementsprechend trete sie für äußerste Sparsamkeit ein, für niedrige Löhne, für lange Arbeitszeit, für Einschränkung der Fürsorge; das alles damit begründend, daß die Tributpflichten erfüllt werden müßten. Zweitens: Diese Arbeiterpartei treibe rücksichtslose Ausgabenwirtschaft für alle sozialen Zwecke, für Lohn und Fürsorge und Kultur, und erklärte den Tributgläubigern: Erst kommt der deutsche Arbeiter, ehe wir eure Forderungen erfüllen! Sie würde der mächtige Rückhalt oder gar die Spitze des nationalen Widerstandes.

Diese zwei Verhaltungsweisen ließen sich begründen. Jede wäre in ihrer Art geschlossen. Die Sozialdemokratie aber lehnt sie beide ab. Sie fordert rücksichtslose Ausgabenwirtschaft und Tributerfüllung zugleich. Darin offenbart sich die Lage der deutschen Politik, erklären sich insbesondere die unendlichen Gebnöde des Reiches, die den Anlaß der heutigen Krisis bilden.

Die Sozialdemokratie führte die Auflösung herbei, indem sie sich den Verordnungen widersetzte, die einen Ausweg aus den Geldnöten öffnen sollten.

Allerdings: ohne die Opposition der Deutschnationalen wäre die Sozialdemokratie nicht stark genug gewesen, den Beschluß gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten durchzudrücken.

Hier stoßen wir auf die eigenartige und, wie man zugeben muß, furchtbare innere Lage der deutschen Rechten. Es ist durchaus notwendig, daß man über alle Verstimmungen und Verärgerungen des Augenblicks hinweg diese Lage der Rechten ruhig betrachtet. Man muß auch durch den Vordergrund der Personalien hindurch auf den Hintergrund blicken.

Die Rechte sieht sich einer Lage des Reichs gegenüber, die sie seit zehn Jahren vorausgesehen, vorausgesagt, vor der sie gewarnt hat. Sie weiß, was jeder wissen sollte, daß diese Lage der Linken zur Last fällt. Sie weiß zugleich, daß die Ordnung der Finanzen notgedrungen auch Eintreibung der Tribute heißt. Die Steuererhöhungen, die Abstriche an den Ausgaben — sie sind erforderlich, weil die Tribute fällig sind. Soll sich eine Partei dazu bereit finden, die durch die Kraft der nationalen Idee zusammengeschaffen ist? Wir wollen diese Frage jetzt nicht beantworten, sondern nur dem Leser vor die Augen stellen. Denn wenn er sie bedenkt, so muß ihm die Lage der Rechten klar werden.

Aber dies ist nur die eine Frage, die in den jetzigen Kämpfen gestellt ist. Es gibt auch eine andere, und die ist nicht belangloser: Kann die Rechte es verantworten, daß die Führung der Politik wieder an die Sozialdemokratie übergeht?

Eine sozialdemokratisch geführte Reichsregierung kann gewiß von guter Wirkung sein. Sie wird bei der Arbeite-